



Hausbesetzer (M.) beim SPIEGEL-Interview*: Eingeschüchtert und kaputtgemacht

monstrationen als Widerstand, sondern auch, wenn die Mietstreikbewegung durch unseren Kampf wieder Auftrieb bekommt.

SPIEGEL: Das hat man aber auch schon ganz anders lesen können — beispielsweise in dem „Handbuch für Hausbesetzer“, das Anweisungen für die physische Auseinandersetzung mit Polizisten enthält.

HAUSBESETZER: Die Verfasser des Handbuchs — das sind nicht wir — hatten das Konzept, sich militärisch in einem Haus zu verteidigen. Wir hatten ein anderes Konzept, nämlich mit unseren Aktionen die größtmögliche politische Öffentlichkeit herzustellen.

SPIEGEL: Gelungen ist jedoch beides nicht.

HAUSBESETZER: Das sagen Sie. Warten Sie mal ab, Sie werden in den nächsten Tagen schon noch mitkriegen, daß die Frankfurter Bevölkerung zur Kenntnis nimmt, was hier passiert ist.

SPIEGEL: Befürchten Sie nicht, daß Ihr Konzept, also der politische Kampf um die Überwindung städtebaulicher Mißstände, durch solche Sympathisanten diskreditiert wird, die eindeutig den Weg der Gewalt gehen wollen?

HAUSBESETZER: Dem können wir in keiner Weise zustimmen. Die Gewalt, die es hier in Frankfurt gibt, geht zunächst einmal von dem aus, was hier an Städtebaupolitik in den letzten zehn oder zwanzig Jahren gemacht worden ist. Wir nennen Gewalt, wenn nach wie vor Gasterbeiterfamilien in unwürdigen Verhältnissen leben müssen und wenn trotzdem statt Wohnhäusern eben die berühmten Bürotürme gebaut werden. Dem setzen wir die Selbstorganisation der Bedürfnisse der Bevölkerung entgegen. Daß dies eine Form der Gegengewalt ist — das ist unbestritten.

SPIEGEL: Der SPD-Magistrat hat sich mit der Macht des privaten Kapitals eingelassen, also muß er gestürzt werden — liegt das auf der Linie Ihrer Bewegung?

HAUSBESETZER: Es geht uns nicht so sehr um realpolitische Nahziele, also etwa darum, jemanden zu stürzen. Wir sind eher der Meinung: Je

mehr konkrete Konflikte entstehen, an denen die Bevölkerung wirklich nachhaltige Lernprozesse vollziehen kann, desto eher wird diese Bevölkerung soweit sein, die Herrschenden zu stürzen. Das ist aber im Augenblick nicht unser Problem.

SPIEGEL: Sie wollen lieber das private Eigentum an Grund und Boden beseitigt sehen?

HAUSBESETZER: Zum Beispiel. Das ist ein Langziel, das für uns ganz klar ist. Aber es geht nicht nur darum, diese Häuserkampfbewegung isoliert weiterzuführen, sondern Sie sehen ja in der ganzen Bundesrepublik, daß solche Wohnungskämpfe durchaus auch verbunden sind mit Kämpfen in anderen Bereichen, mit Lohnkämpfen zum Beispiel. Es geht eben überall darum, die Macht des Kapitals anzugreifen.

SPIEGEL: Der Häuserkampf hat also gar nicht in erster Linie mit der Erhaltung von Wohnraum zu tun?

HAUSBESETZER: Wir besetzen Wohnraum einmal ganz einfach deshalb, weil wir ihn brauchen, weil es in Frankfurt 3000 wohnungssuchende Studenten gibt und 12 000 Leute, die auf der Liste für Sozialwohnungen stehen. Der andere Grund ist, daß wir darauf hinweisen wollen, welche Gründe es hat, wenn dennoch Wohnraum leersteht, daß hier eine Politik gemacht wird, die an den Bedürfnissen der Bevölkerung vorbeigeht.

SPIEGEL: Wäre es dann in Ihrem Sinne, wenn jetzt in Frankfurt durch Demonstrationen und Zusammenstöße mit der Polizei wieder ein ähnlich explosives politisches Klima entstände wie im vergangenen Jahr nach der Räumung des besetzten Hauses im Kettenhofweg?

HAUSBESETZER: Das ist eine Frage, die Sie nicht nur an uns stellen dürfen, das betrifft die ganze Wohnungskampfbewegung.

SPIEGEL: Sie jedenfalls werden fortfahren, Häuser zu besetzen?

HAUSBESETZER: Vermutlich. Es stehen 40 Häuser leer im Westend, 155 in ganz Frankfurt.

* Mit Hermann Schreiber (l.) und Hans Werner Kitz.

DEMOSKOPIE

Schwungvoll abwärts

Nach neuesten Meinungsumfragen hat die SPD in der Wählergunst das Ansehen eingebüßt, das sie bei den Bundestagswahlen 1972 hatte. Tendenz: weiter fallend.

Das Bielefelder Meinungsforschungs-Institut Emnid fragte Ende Juni vergangenen Jahres eine repräsentative Auswahl von Bundesbürgern, welche Partei sie wählen würden, wäre morgen Gelegenheit dazu: 49 Prozent nannten die SPD.

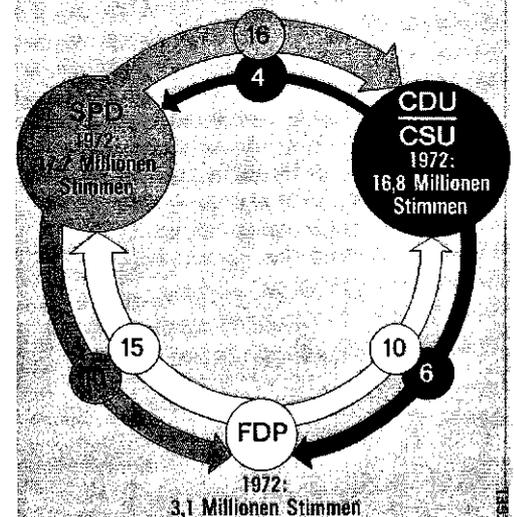
Ende November stellte das Sozialwissenschaftliche Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung die gleiche Frage. Der Anteil der SPD-Sympathisanten sank auf 42,6 Prozent.

Und wären jetzt Wahlen, so erfuhr das Institut für Demoskopie in Allensbach in der vergangenen Woche, würden nur noch 35 Prozent der Bundesbürger der Brandt-Partei ihre Stimme geben.

Professor Werner Kaltefleiter, Leiter des CDU-nahen Sozialwissenschaftlichen Instituts, der die Wählermeinungen von einer alten Burg im Bonner Vorort Alfter aus erforscht, erklärt die Rückschläge der Sozialdemokraten, die 1972 mit fast 46 Prozent der gültigen Zweitstimmen erstmals stärkste Fraktion im Bundestag wurden, mit einem „Zerbröckeln der Wahlkoalition von 1972“, einem „rapiden Vertrauensverlust der Bundesregierung“ und einem „Knick im Bewußtsein“ der Wahlbür-

WAHLERS WANDERLUST

Von je 100 Wählern der im Bundestag vertretenen Parteien würden sich gegenüber der Bundestagswahl 1972 jetzt für eine andere Partei entscheiden:



Ergebnisse einer Meinungsumfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach im Dez. 1973/Jan. 1974

ger. Von jeweils fünf Wählern, die sich am 19. November 1972 für die SPD entschieden, kamen nach der Allensbach-Analyse inzwischen zwei irgendwie abhanden (siehe Kasten Seite 38).

Den Vertrauensschwund könnten die Sozialdemokraten schon in den kommenden Monaten zu spüren bekommen, denn in vier Bundesländern stehen Wahlen an:

- ▷ in Hamburg, wo die SPD (1970: 55,3 Prozent) zusammen mit der FDP (7,1 Prozent) eine Koalition bildet (CDU: 32,8 Prozent), am 3. März;
- ▷ in Niedersachsen, wo die SPD (46,3 Prozent) nur einen knappen Vorsprung vor der CDU (45,7 Prozent) hält, am 9. Juni;
- ▷ in Hessen, wo SPD (45,9 Prozent) und FDP (10,1 Prozent) sich gegen wachsende CDU-Konkurrenz (39,7 Prozent) behaupten müssen, im November;
- ▷ in Bayern, wo die CSU unangefochten die absolute Mehrheit (56,4 Prozent) hält gegen 33,3 Prozent SPD und 5,6 Prozent FDP, im November.

Gemessen an den vorliegenden demoskopischen Untersuchungen ist die Ausgangsposition für die Sozialdemokraten so ungünstig wie lange nicht mehr. Nur 15 Monate nach dem besten Wahlergebnis, das die Sozialdemokraten im Bundesgebiet je erzielten, sind sie bei den Bürgern in eine Situation geraten, für die Wahlforscher Parallelen nur im Image-Abbruch der CDU vor dem Erhard-Sturz im Herbst 1966 zu entdecken vermögen. Seit Frühjahr 1966 sank laut Allensbach die Wähler-Zustimmung zu Ludwig Erhard von 44 auf 28 Prozent, in den vergangenen zwölf Monaten fiel die Zustimmung für Bundeskanzler Willy Brandt von 55 auf 35 Prozent.

Die demoskopischen Umfrage-Ergebnisse haben die Spitzenpolitiker der SPD derart enerviert, daß sie gerade das tun, was ihnen bei den Wählern am sichersten schadet. Sie verbreiten Resignation, ungünstige wirtschaftliche Erwartungen werden pessimistisch überzeichnet, der Kanzler, Garant des Wahlsieges, drohte mit Rücktritt, Finanzminister Schmidt sah schon größere Arbeitslosigkeit voraus, von Solidarität ist nirgendwo ein Hauch. Zudem verschlechtert sich zusehends das Klima in der Koalition, die noch 1972 von der großen Mehrheit der Wähler als nahezu ideale Verbindung der fortschrittlichen Kräfte im Land angesehen wurde.

Intern beklagen Spitzenpolitiker der SPD die Zerrissenheit der Partei. Ihre These: 1972 habe sich gezeigt, daß der Erfolg der SPD eng mit Geschlos-

senheit und Deutlichkeit der Aussage verknüpft sei. Zudem schreiben Kanzler-Berater den Sympathie-Abbruch dem Umstand zu, daß Fernsehen und meinungsbildende Presse zunehmend kritisch oder gar feindlich die Politik der Koalition verfolgen.

Der Meinungsumschwung hat eine — zunächst freilich nur in Umfragen erkennbare — Wählerwanderung eingeleitet, die selbst die Experten verblüfft. Überraschend zieht der Koalitionspartner FDP aus den SPD-Verlusten derzeit den größten Gewinn. Würde jetzt bundesweit gewählt, dürften die Freidemokraten (1972: 8,4 Prozent) laut Kaltefleiter-Institut 10,5 Prozent, laut Allensbach sogar 13 Prozent der Stimmen erwarten.

Die gleiche Differenz ist auch bei der Bewertung der CDU-Gewinne erkennbar. Während Kaltefleiter der ihm na-



Umfrage-Objekt Brandt
Situation wie im Herbst 1966?

hestehenden CDU nur 46,9 Prozent gutschreibt (zwei Prozent mehr als bei den letzten Bundestagswahlen), gibt Elisabeth Noelle-Neumann aus Allensbach, die 1972 mit nur etwa einem Prozent Abweichung das Wahlergebnis am genauesten prophezeite, den Christdemokraten 50 Prozent.

Die Wahlforscher der Sozialdemokraten freilich, die selbst einen scharfen Rückgang der SPD-Sympathien registrieren — die Sympathiekurve des Kanzlers folgt der der Partei mit Verzögerung nach unten —, kommentieren derartige Zahlen durchweg ablehnend. So weisen die Experten im Bundeskanzleramt auf den Umstand hin, daß die Bekundung negativer Ansichten keineswegs zu einer Änderung des Votums bei Wahlen führen müsse. Ausschlaggebend sei die „akute Entscheidungssituation“, die derzeit nicht bestehe.

Tatsächlich zeigten Repräsentativ-Befragungen des Godesberger Instituts für angewandte Sozialwissenschaft (Infas), das für die SPD arbeitet, daß Wählermeinungen relativ kurzfristig variieren. Laut Infas notierte beispielsweise die CDU/CSU nach Karl Schillers Rücktritt im Juli 1972 mit 50 Prozent der Stimmen hoch, und auch nach dem Araber-Anschlag auf die Israelis im olympischen Dorf im September (SPD-Kommentar: „Law-and-order-Zwischenfall“) kamen die Christdemokraten noch einmal über 50 Prozent. Zwei Monate später verloren sie die Wahlen.

Derartige Hinweise erklären indes die jüngsten Umfrage-Ergebnisse nicht, die keineswegs unter dem Einfluß von Schock-Ereignissen zustande kamen, sondern Folge eines stetigen Vertrauensverlustes der SPD sind.

Indizien für künftig zu erwartende SPD-Verluste entdeckten Kaltefleiter wie Allensbach in praktisch allen Wählergruppen, die 1972 die SPD nach vorn brachten. Damals schöpften die Sozialdemokraten ihr Potential an Stammwählern (evangelische Arbeiter) hochgradig aus und behaupteten im neuen Mittelstand der städtischen Angestellten und Beamten (Professor Rudolf Wildenmann, Universität Mannheim: „Urbanisierte Mittelschichten mit Modernitäts-Syndrom“) die Mehrheit, die sie bereits 1969 gewonnen hatten. Zudem gelang es der SPD 1972, ihren Anteil bei den katholischen Arbeitern um zehn Prozent zu erhöhen, und schließlich steigerte sie den Frauen-Anteil um rund 13 Prozent — eine entscheidende Komponente.

Für die meisten Jungwähler bestand zur SPD und FDP 1972 praktisch keine Alternative, und auch die urbanisierten Mittelschichten entschieden sich mit Mehrheit für die SPD. Professor Wildenmann: „Der CDU wollte man nicht zugehören, da war so eine Stimmung, man bringe sich da in die ganz falsche Richtung.“ Kaltefleiter: „Wer jung und betont modern war, ging überwiegend nicht zur CDU.“

Elisabeth Noelle-Neumann dagegen differenziert, die Gruppe der politisch Interessierten sei 1972 letztlich nicht wahlentscheidend gewesen; den Ausschlag hätte in den letzten 14 Tagen vor der Stimmabgabe die starke Mobilisierung von Unterschicht-Wählern für die SPD gegeben.

Wie auch immer: In beiden Gruppen scheint die SPD jetzt Boden zu verlieren. Zumindest die Attraktion für alle, die jung sind und nach oben streben, hat sie heute nicht mehr uneingeschränkt. Kaltefleiter etwa stellte fest, daß der Einbruch bei der SPD sich in den Mittelschichten vollzieht: „Der Widerspruch nimmt mit wachsender Bildung und steigendem Informations-

Niveau zu.“ Und Elisabeth Noelle-Neumann registrierte SPD-Verluste in allen Schichten, auch und gerade bei Arbeitern.

Infas-Geschäftsführer Klaus Liepelt weist auf eine Gefahr hin, die besonders der SPD droht: „Die Stimmung, die es gegenwärtig unter den Arbeitnehmern gibt, ermuntert nicht gerade, zur Wahl zu gehen.“

Die Tatsache, daß die Bundesbürger der Regierungspartei FDP gutbringen, was sie dem Koalitionspartner ankrediten — Preissteigerungsrate von acht Prozent, erhöhtes Arbeitsplatz-Risiko und drohende Stagnation —, erklären die Wahlforscher mit einer spezifischen Funktion der FDP im Drei-Parteien-System. Rudolf Wildenmann entdeckte bereits 1961, daß die Liberalen als kleiner Regierungspartner die Rolle eines „Oppositionsfilters“ spielen. Bei den Bundestagswahlen 1961 brachte der

ler seit Jahren stetig an. So wurde die SPD, etwa für katholische Arbeiter und Frauen, wählbar, seit der Makel der Oppositionspartei von ihr gefallen ist. Was sich aber zunächst für die Christdemokraten zweifellos ungünstig auswirkte, könnte ihr bei wachsender Unzufriedenheit der SPD-Wähler (im Soziologen-Jargon: „kognitive Dissonanz“) zum Vorteil gereichen, wenn die Frustration stark und dauerhaft genug ist. Denn erst dann schlägt Unzufriedenheit um in verändertes Wahlverhalten: Nichtwählen oder Wechsel des politischen Lagers.

Veranschlagten die Soziologen noch vor wenigen Jahren das Potential der Stammwähler auf 50 Prozent und das der Wechselwähler (Unentschiedene und Unentschlossene) auf etwa 35 Prozent, so rechnen sie jetzt mit fast umgekehrtem Zahlenverhältnis: Bei steigendem Informationsniveau (etwa durch die Televisionierung aller Lebensbereiche) und abnehmender Bindung an Glaubensbekenntnis und Milieu nimmt die Bereitschaft zum Parteiwechsel zu — schlechte Zeiten für angestammte Hochburgen und den Genossen Trend.

Wie stark die objektiv meßbare Unzufriedenheit mit der Bonner Regierung schon jetzt unmittelbar der CDU zugute kommt, darüber sind sich die Soziologen noch uneinig. Kaltefleiter etwa, der für die CDU forscht, ist auf Grund von Umfragen, die im November vorgenommen wurden, der Ansicht: „Die protestauslösenden Faktoren sind derzeit noch nicht stark genug, die Distanz der Koalitionswähler zur CDU ganz zu überbrücken.“ Zu dieser Wähleransicht trägt offenbar das weiterhin beträchtlich ungünstige Image bei, das die Christenparteien und ihre Spitzenpolitiker sich in jahrelanger Arbeit erworben haben.

Demgegenüber entdeckte Elisabeth Noelle-Neumann in der jüngsten zur Verfügung stehenden Umfrage Anzeichen für eine weit größere Wähler-Mobilität, als sie Kaltefleiter bislang ermitteln konnte. Danach verlor die SPD rund zehn Prozent ihrer 72er Wähler an die FDP, und zwar aus jenem Bereich, den Elisabeth Noelle-Neumann als „progressiv, sozialreformerisch, aber weniger Brandt-orientiert“ kennzeichnet. 16 Prozent der Befragten, die sich 1972 für die SPD entschieden hatten, bekundeten jetzt, sie würden CDU wählen. Allensbach-Charakteristik dieser Gruppe: sozial weniger engagiert, antisozialistisch.

Kanzler Willy Brandt lieferte sowohl für jene, die der SPD vorerst den Rücken kehrten, wie für jene 58 Prozent, die bei der Stange bleiben wollen, die stärkste Motivation. Die Abspringer bekundeten in erster Linie Enttäuschung über den Kanzler — der treue Stamm rekrutiert sich aus jenen, die laut Elisabeth Noelle-Neumann „Brandt-orientiert“ sind.



Vertrauensschwund, den Konrad Adenauer erstmals erlitt, nicht in erster Linie den oppositionellen Sozialdemokraten Gewinn, sondern dem erklärten Koalitionspartner FDP, der unter Erich Mende damals sein Rekord-Ergebnis von fast 13 Prozent erzielte.

Wildenmann wie auch Kaltefleiter erklären den FDP-Zuwachs mit einer typischen Reaktion der deutschen Wähler auf Vertrauensverlust des Senior-Partners. Bevor die Bürger ihre Stimme der Koalition insgesamt entziehen, benutzen sie die FDP als „partielle Oppositionspartei“ (Wildenmann), als Oppositionsersatz.

Dieser Effekt stabilisiert die Koalition freilich nur vordergründig, weil die Erwartung der FDP-Wähler bei anhaltend ungünstigen Informationen aus Bonn dahin geht, daß die FDP ihre Quasi-Oppositionsrolle auch tatsächlich erfüllt, mithin gerade das tut, was die koalitionspolitisch ungünstigen Informationen aus Bonn bewirkt.

Ohnehin wächst das Potential der nicht auf eine Partei festgelegten Wäh-

Dieses Jahr nach USA.

Machen Sie 1974 doch mal Urlaub in den bekanntesten Städten und Erholungsorten Amerikas — mit American Express.

Zum Beispiel:

Discoverer

Entdecken Sie Amerika: die Atmosphäre seiner Großstädte, die vielen Kulturen, seine weltbekanntesten Urlaubsorte. Flugrundreise von Küste zu Küste — drei interessante Wochen in den USA.

Sie erleben: New York City, die Niagarafälle, Washington, Orlando, Cape Kennedy, Walt Disney World, Miami, New Orleans, wo der Dixieland-Jazz entstand, Scottsdale, Arizona mit seinen Indianerreservaten, den Grand Canyon, Las Vegas, Los Angeles und Hollywood, den Charme von San Francisco und Chicago, die Stadt an den großen Seen.

24 Tage ab

DM 3.289,-

Eingeschlossene Leistungen:

Hin- und Rückflug mit PAN AM Linienjets, Übernachtung nur in erstklassigen Hotels, sämtliche Transfers, alle inneramerikanischen Flüge, Bus- und Besichtigungsfahrten lt. Programm, Gepäckbeförderung, Trinkgelder, Flughafengebühren, deutschsprachige Reiseleitung sowie 5 x Abendessen.

Außerdem bieten wir an:

- New York Holiday**
10 erlebnisreiche Tage in der faszinierendsten Stadt der Welt **ab DM 1.245,-**
- Florida**
16 Tage in Amerikas beliebtestem Ferienparadies **ab DM 2.231,-**
- Rainbow Trails**
16 Tage auf den Spuren der amerikanischen Geschichte **ab DM 2.316,-**
- Golden Gate**
16 Tage lang quer durch die Vereinigten Staaten **ab DM 2.548,-**
- Wonderland**
24 Tage unvergeßliche Ferien in großen Städten, Nationalparks und Urlaubsorten **ab DM 3.627,-**

Amerika '74 mit



Bitte senden Sie den nebenstehenden Coupon an das Fremdenverkehrsamt USA, 6 Frankfurt 1, Postfach 2923. Sie erhalten dann sofort unseren großen Farbprospekt „Amerika 74“.

Oder lassen Sie sich von Ihrem IATA-Reisebüro beraten.